

Kapitel 3: Sichern und stärken, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

- 1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres
- 2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip
- 3 „Recht
- 4 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz
- 5 von Minderheiten und für die Stärkung ihrer Demokratie getan.
- 6 Europas Werte sind basierend auf der Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
- 7 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der
- 8 Europäischen Union tragen und verdient es mit einem arbeitsfreien Feiertag gewürdigt zu
- 9 werden, der in allen Mitgliedsstaaten gemeinsam gefeiert wird.
- 10 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,
- 11 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
- 12 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Wir stehen für die Stärkung der Demokratie und
- 13 wünschen
- 14 uns gerade in Zeiten des Erstarkens der extremen Rechte ein solidarisches Europa, das sich
- 15 sozial erneuert und in dem Menschen sich frei begegnen können. Das heißt nicht,
- 16 Mitgliedsstaaten zu entmachten, sondern nationale Kompetenzen zu bündeln, um einen Raum
- 17 der
- 18 Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten.
- 19 Diese Idee eines freiheitlichen demokratischen Europas leben wir und werden die Werte
- 20 Europas verteidigen. Wenn nationale Regierungen Rechte von Andersdenkenden mit Füßen
- 21 treten
- 22 und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in Frage stellen, stärken wir gezielt die
- 23 demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Wenn autoritäre Regierungen in
- 24 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption untergraben, soll die
- 25 EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen
- 26 können.
- 27 Wenn Menschen im Netz angegriffen werden, zum Beispiel aufgrund ihres Aussehens, ihrer
- 28 Behinderung oder sexuellen Identität oder weil sie angeblich nicht die richtige Herkunft
- 29 oder Religion haben, dann wollen wir gesamtgesellschaftliche Antworten mit einem Fokus auf
- effiziente Rechtsdurchsetzung auch gegenüber internationalen Konzernen entwickeln. Eine
- anlasslose Massenüberwachung lehnen wir ab. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von
- Schleppern und Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Flucht- und Migrationswege
- und ein Einwanderungsgesetz, damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und
- Einwanderung
- ermöglicht wird.

30 Aber es bleibt viel zu tun: Demokratische Strukturen und Beteiligungsrechte wollen wir
31 stärken, Minderheiten noch effektiver schützen, Grundrechte ausbauen und Sicherheit
32 gewährleisten.

33 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

34 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
35 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
36 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Die Werte der Europäischen Union bilden
37 das Fundament der EU.

38 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,
39 die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die
40 Unabhängigkeit der Justiz oder die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig
41 nur ratlos daneben.

42 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.
43 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine
44 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur
45 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

46 Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen

47 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
48 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen
49 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU
50 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie
51 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
52 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings
53 unmittelbar nur für europäische Gesetze und Organe. Für das Handeln nationaler Regierungen
54 ohne Bezug auf das Europarecht gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes und die
55 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).

56 Wir wollen eine Reform der Grundrechtecharta, so dass ihr Anwendungsbereich so ausgeweitet
57 wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im
58 national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten
einklagen

59 können. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und
60 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
61 angegriffen werden. Die Grundrechtecharta muss dabei uneingeschränkt auch in der digitalen
62 Sphäre durchgesetzt und hierfür gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

63 Europaweiter Einsatz für Kinderrechte und Kinderschutz

64 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres
65 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge, damit sich sie sich altersgerecht entwickeln und
66 zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen können. Das Kindeswohl ist bei allen
67 Angelegenheiten, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen.

68 Kinderrechte müssen EU-weit gelten und Kinderschutz umfassend gestärkt werden. Deswegen
69 setzen wir uns für eine konsequente Förderung der Kinderrechte und des Kinderschutzes im
70 Sinne der UN-Kinderrechtskonvention durch die Europäische Union ein.

71 Die Europäische Union muss wirksam darauf hinarbeiten, dass ihre hohen Standards im Bereich
72 Kinderrechte auch von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Einrichtungen der
73 Jugendhilfe in den Mitgliedsstaaten müssen gestärkt, Beratungsangebote ausgebaut und
74 materielle Notlagen abgefedert werden. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz der
Kinder
75 vor Gewalt und Vernachlässigung liegen.

76 Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten
77 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar
78 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU
79 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen
80 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
81 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür
82 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der
83 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
84 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
85 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament
86 besetzt werden.

87 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer
88 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Sie soll eng mit der
89 Grundrechteagentur zusammenarbeiten und diese als Ressource nutzen. Zusätzlich wollen wir
90 auch das Mandat der Grundrechteagentur stärken und ihre finanzielle Mittel erhöhen. Die
91 Ergebnisse der Kommission werden im Europaparlament, im Europäischen Rat und in den
92 nationalen Parlamenten diskutiert. Bei akuten und gravierenden Verletzungen von
93 demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt
94 die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission
95 Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

96 Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden
97 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
98 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
99 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedslandes führen kann.
100 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu
101 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
102 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

103 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die
104 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem
105 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern zielgerichtet
106 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
107 Fördermittelempfänger*innen ausgegeben werden. So kann das Geld weiterhin dort ankommen,
wo
108 es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
109 nationalen Regierungen.

110 Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle

111 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der
112 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische
113 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht
114 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber
115 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige
116 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn
ein

117 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteur*innen ausgezahlt
118 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

119 Whistleblower schützen

120 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher
121 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen
122 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-
123 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um
124 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung
125 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt
126 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms,
um

127 Whistleblower vor Racheakten zu schützen. Auch um den Schutz von Hinweisgeber*innen zu
128 gewährleisten, verteidigen wir das bestehende Recht auf die anonyme und pseudonyme
Nutzung

129 von Telemedien.

130 Unabhängigen Journalismus fördern

131 Unabhängige und demokratische Medien sind ein Garant für eine kritische Debatte und eine
132 demokratische Gesellschaft. Kritische Journalist*innen leisten dazu einen wesentlichen
133 Beitrag. In den letzten Jahren mussten wir aber erleben, dass Journalist*innen immer
134 stärkeren Gefahren ausgesetzt sind. Trauriger Höhepunkt ist die Ermordung der Bloggerin
135 Daphne Caruana Galizia und des Investigativreporters Jan Kuciak in Malta bzw. der Slowakei.
136 Die menschenfeindliche Hetze gegen Journalist*innen und Medien muss aufhören. Europa muss
137 ein Garant für die Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus bleiben.

138 Für die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen sind Bürger*innen zudem auf eine
139 vitale regionale Berichterstattung angewiesen. Hier ist in den vergangenen Jahren ein
140 starker Verlust an Vielfalt und Qualität zu verzeichnen: Immer mehr lokale Medien, auch
141 Blogs, können ihr Angebot nur noch schwer finanzieren. Wir wollen deshalb unabhängige
Medien

142 weiter fördern, z.B. in der EU-Förderpolitik, durch Förderung des Wettbewerbs oder durch
143 einen Fond für investigativen Journalismus. Wir fordern die Einrichtung einer Europäischen
144 Zentrale für politische Bildung. Wir wollen ARTE in die wichtigsten EU-Sprachen übersetzen.

145 Unterstützung von Zivilgesellschaften und Medienvielfalt in der EU

146 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
147 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
148 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

149 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)
150 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
151 innerhalb der EU sinnvoll. Darüber hinaus streben wir die Einführung der Rechtsform eines
152 "Europäischen eingetragenen Vereins" an, um Nichtregierungsorganisationen europaweit der
153 Willkür der Nationalregierungen zu entziehen und ihren Status europäisch zu schützen. So
154 können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen, unterstützt werden.

155 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 156 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 157 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-
158 Mitgliedstaaten,
- 159 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 160 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 161 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

162 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

163 Wir wollen die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union noch demokratischer machen,
164 das Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
165 verbessern.

166 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem
167 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
168 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:
169 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
170 können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten.
171 Die wachsende Bedeutung einer starken EU als Vertreterin der europäischen Bevölkerung in der

172 Welt, als Gegengewicht gegen die Interessen multinationaler Unternehmen und als Streiterin
173 für Frieden, Nachhaltigkeit und eine gerechte globale Entwicklung gerät mit der
174 Nationalstaatsidee des 19. und 20. Jahrhunderts in ein immer größeres Spannungsverhältnis.
175 Die EU soll kein zentralistischer Superstaat sein. Gleichzeitig müssen die demokratische
176 Legitimation der EU und die Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen mit dem Gewicht der
177 Aufgaben der EU Schritt halten. Die europäische Zivilgesellschaft und die politischen
178 Akteur*innen in EU und Mitgliedstaaten müssen in den nächsten Jahren entscheiden, wie sie
179 auf dem Weg der politischen Integration vorankommen wollen.

180 Wir wollen eine breite Diskussion über Unionsmodelle wie die Vereinigten Staaten von Europa,
181 den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik führen und in die Gesellschaft
182 tragen. Als Teil dieser Frage ist auch zu klären, wie die Rolle der Regionen innerhalb der
183 Europäischen Union gestärkt werden kann, also etwa, ob es ausreicht, das
184 Subsidiaritätsprinzip auszuweiten oder ob in mehr Autonomie und Souveränität der Regionen
185 unter einem europäischen Dach auch Chancen liegen. Mittelfristig treten wir dafür ein, den
186 Rat in eine zweite Kammer zu überführen. Wir wollen diskutieren, ob diese aus den
187 Regierungen der Mitgliedstaaten oder den Regionen zusammengesetzt ist. Diese zweite
188 bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

189 Bei Gesetzgebungsverfahren sollen Fristen eingeführt werden, bis zu denen eine öffentliche
190 Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle EU-Regierungen ihre jeweils
191 aktuelle Position zum Ratspräsidentenschaftsvorschlag vorlegen.

192 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
193 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft
194 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit
195 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
196 grundlegende Entscheidungen blockieren können.
197 Damit Klimaschutz und die mit ihm eng zusammenhängende Energiepolitik vorankommen,
einzelne
198 Länder Fortschritte nicht blockieren können und Europa handlungsfähiger wird, setzen wir uns
199 für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen der Energiepolitik im
200 Europäischen Rat ein.

201 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat
202 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches
203 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
204 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

205 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel aktiv
206 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum
207 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Um höchste
208 Transparenz zu schaffen, wollen wir verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen,
209 striktere Karenzzeiten und einen "legislativen Fußabdruck" durch den die Einflussnahme
210 Dritter auf EU-Gesetzgebung überprüfbarer wird - kontrolliert durch eine unabhängige
211 Institution auf EU-Ebene. Wir wollen die bestehende Verordnung über den Zugang der
212 Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung
213 weiterentwickeln.

214 Demokratie bedeutet: Bürger*innen entscheiden selbst, durch Wahlen und durch
Abstimmungen.

215 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million
216 Unterschriften neue EU-Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten
217 kleinen Schritt zu direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe
218 stärken, ausbauen und entbürokratisieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch eine Reform
219 der Verträge fordern können. Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen sollen dann auch zu
220 Gesetzesvorschlägen führen. Daher muss die Kommission spätestens nach einem Jahr nach
einer
221 erfolgreichen Bürgerinitiative und einer Überprüfung auf die Vereinbarkeit mit den
222 Grundrechten in der EU einen Gesetzesvorschlag vorlegen. In jedem Fall wollen wir, dass das
223 Parlament zu einer Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative verpflichtet ist.

224 Eine Europäische Bürger*innen Initiative (EBI) soll auch auf die Einberufung eines
225 Bürgerforums gerichtet sein können, dessen Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus der
226 gesamten EU-Bevölkerung ausgelost werden und die das vorgelegte Thema ausführlich beraten
227 und konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens machen.

228 Die Minority SafePack Initiative ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Europäische
229 Bürgerinitiative. Sie umfasst ein Paket von gesetzlichen Regelungen zum Schutz und zur
230 Förderung von Minderheiten und Regionalsprachen und wird von uns ausdrücklich unterstützt.

231 Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei Europäischen
232 Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen.

233 Wir treten dafür ein, dass Unionsbürger*innen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in der EU
234 mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – und nicht nur für
235 Kommunalparlamente und das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und
nationalen

236 Wahlen. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne
deutschen

237 Pass oder Unionsbürger*innenschaft eröffnen.

238 Für die Europawahlen unterstützen wir weiterhin das Prinzip der europäischen
239 Spitzenkandidat*innen und transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer
240 transnationalen Liste besteht, sollten die Spitzenkandidat*innen eine europäische
241 Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der Position fest, dass Präsident*in der
242 Europäischen Kommission nur werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat*in angetreten war.
243 Wir wollen, dass das Kollegium der EU-Kommissar*innen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen
244 besetzt ist. Zur anstehenden Wahl im Mai ist eine Änderung des Wahlrechts aufgrund der Kürze
245 der Zeit ausgeschlossen. Für die Zukunft wollen wir ein europäisches Wahlrecht mit
246 transnationalen Listen, demokratischen Mindeststandards für Listenaufstellungen,
247 Mindestquotierungen sowie Transparenzregeln für die Parteienfinanzierung.

248 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,
249 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu
Parlamentsanhörungen

250 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines
251 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

252 Zur Änderung der Verträge unterstützen wir die Einberufung eines Europäischen Konvents oder
253 einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung. Über ihre Vorschläge sollten dann die EU-
254 Bürger*innen durch ein EU-weites Referendum zusammen mit den Mitgliedstaaten, diese
255 möglichst mit einer qualifizierten Mehrheit, endgültig entscheiden können.

256 An der Umfrage der EU-Kommission zur Zeitumstellung haben 4,6 Millionen Menschen
257 teilgenommen und ein klares Votum für ein Ende der Zeitumstellung abgegeben. Dieses
begrüßen

258 wir und werden uns weiterhin für das Ende der Zeitumstellung einsetzen.

259 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 260 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 261 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 262 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 263 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

264 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen, Fluchtursachen anpacken**

265 Migration ist so alt wie die Menschheit. Sie ist Herausforderung, Antrieb für Entwicklung,
266 Chance und bereichert Kulturen überall auf der Welt. Europa war und ist ein Kontinent der
267 Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb Europas von einem in ein anderes Land
268 gezogen, haben den Kontinent verlassen, oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der
Grenzen
269 innerhalb Europas und des Rechts auf Freizügigkeit war und ist eine der größten
270 Errungenschaften, denn der Wohlstand der Europäischen Union beruht nicht nur auf der
271 Freiheit von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Essentiell für das Zusammenwachsen Europas

272 war stets die Freizügigkeit der Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh
273 Beschränkungen und bürokratische Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem
274 Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter anderem dadurch, dass Familienmitglieder von
275 Arbeitnehmer*innen selbstverständlich die gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

276 Doch seit dem Erstarren von Rechtspopulisten und -extremisten in Europa haben wir erleben
277 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Für die Zukunft
278 Europas ist es existentiell, ob Menschenrechte und demokratische Prinzipien, wie es in
279 Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union heißt, auch künftig das Fundament unserer
280 Gemeinschaft bilden. Besonders vor dem Hintergrund unserer Geschichte stehen wir für die
281 Unveräußerlichkeit der Menschenrechte und das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige. Sie zu
282 erhalten und gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen
283 Aufgaben. Zu einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik müssen alle EU-
284 Staaten beitragen.

285 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis
286 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame und humanitäre Antwort
auf
287 Migration und Flucht gegeben. Tagtäglich sterben Menschen auf dem Weg nach Europa. Das
288 Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst
289 betreten haben, ist ungerecht, wirkungslos und gescheitert. Damit wird die Verantwortung
290 aber weiter einseitig auf die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU
291 abgewälzt, statt eine faire Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren. Oftmals
292 werden dadurch Menschen, die lange hier leben und gut integriert sind, abgeschoben. Das
293 steht einer gerechten Asylpolitik im Wege und soll daher vermieden werden. Menschenrechte
294 sind unteilbar und dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Wir benötigen ein faires
295 Verteilungssystem mehr denn je.

296 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
297 auf Asyl und den ungehinderten Zugang für Schutzsuchende und die Notwendigkeit, Verfahren
298 nach völkerrechtlichen Standards fair, zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt. Ein
299 Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen, Schutz
300 gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten. Ein
301 Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das
302 Asylsuchenden ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung garantiert und
303 seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa, das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft.
304 Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer beendet.

305 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen
306 gemeinsamen Aufbruch einer humanitären Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein,

die

307 zusammen die Ärmel hochkrepeln und sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten
308 beteiligen wollen.

309 Gemeinsames Europäisches Einwanderungsrecht für legale (Arbeits-)Migration

310 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
311 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele Menschen quasi unmöglich. Da
312 bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für Hochqualifizierte besteht,
313 gehen jedoch auch potentielle Migrant*innen den Weg über das Asylsystem und scheitern.
314 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels
315 und demographischen Wandels auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Mit dem
UN-

316 Migrationspakt (Global Compact for Migration) haben die Mitgliedstaaten der Vereinten
317 Nationen ein sehr umfassendes Rahmenwerk für sichere und geordnete Migration erarbeitet.
Auf

318 dieser Grundlage soll ein europäisches Einwanderungsrecht mit gemeinsamen
Rahmenregelungen

319 dabei helfen, gleiche Standards in Europa für die sichere und legale Einwanderung von
320 Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Denn
auch

321 die internationale und europäische Arbeitsmigration muss im Einklang mit den
Menschenrechten

322 stehen. Bei der Ausgestaltung der Regelungen geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der
323 Migration für Migrant*innen, Ursprungs- und Empfängerländer zu nutzen.

324 Legale Fluchtwege schaffen

325 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
326 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs
327 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen
328 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege über Kriegsgebiete, Wüsten und Meere nach Europa
329 auf sich nehmen müssen. Kooperationen der EU und deren Mitgliedstaaten mit Drittstaaten
330 müssen stets nach der Maßgabe erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte sowie Europäische
331 Standards eingehalten werden. Daher dürfen die katastrophalen humanitären Zustände in
Libyen

332 und anderen Staaten nicht länger ignoriert werden. Die Kooperation mit der libyschen
333 Küstenwache muss ein Ende haben.

334 Die EU-Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
335 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen
336 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dazu wollen wir – neben der
337 Familienzusammenführung und humanitären Visa – großzügige und verlässliche
338 Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten

339 Nationen (UNHCR) ermöglichen. Die EU-Länder müssen ihren Anteil an den jährlichen, vom
UNHCR

340 ermittelten Resettlement-Bedarfe entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das
341 individuelle Asylrecht wird dadurch nicht angetastet. Zugleich nehmen wir unsere humanitäre

342 Verantwortung gegenüber besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus
343 UN-Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei.

344 Ausbeutung von Migrant*innen und Geflüchteten verhindern

345 Zahlreiche Migrant*innen und Geflüchtete werden in der europäischen Landwirtschaft, der
346 Gastronomie und dem Baugewerbe ausgebeutet. Große Supermarktketten – gerade auch aus
347 Deutschland – verkaufen Obst und Gemüse, das unter ausbeuterischen Bedingungen in Europa
348 angebaut wird. Arbeitsschutzbedingungen werden systematisch verletzt und Löhne weit
349 unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen gezahlt. Diese Form der modernen Sklaverei gehört
350 beendet. Die EU-Richtlinie zu Sanktionen gegen Arbeitgeber*innen muss konsequent
angewendet

351 und gegebenenfalls verschärft werden. Wir wollen Beschwerdestellen einrichten, an die sich
352 Whistleblower*innen und Opfer von Ausbeutung, auch anonym, wenden können. Auch für
353 Geflüchtete gelten im digitalen Zeitalter Datenschutz, das Recht auf die Integrität
354 informationstechnischer Systeme sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

355 Kinder vor Gewalt schützen

356 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder
357 politischer Verfolgung. Das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in Europa, aber
358 auch die Beschränkungen beim Familiennachzug führen dazu, dass Kinder sich allein auf den
359 Weg machen und dabei kriminellen Strukturen schutzlos ausgesetzt sind. Die Mitgliedsstaaten
360 und die EU müssen dem Kindeswohl oberste Priorität einräumen. Kinder müssen angemessen
361 untergebracht und versorgt werden. Inhaftierungen oder ein Leben in Lagern sind auch in
362 Ausnahmefällen nicht zu tolerieren. Für die Kinder und Jugendlichen in den Hotspots an den
363 europäischen Außengrenzen braucht es ein sofortiges europäisches Umverteilungsprogramm.

364 Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer

365 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche
366 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Sogar in der EU wird
367 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert. Zivilgesellschaftliche
368 Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen, wo die europäischen
369 Staaten versagen oder ihre Schutzpflicht sogar wissentlich verweigern, dürfen nicht
370 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür
371 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Die
372 Seenotretter*innen haben unsere volle Solidarität und Unterstützung. Das entlässt die EU und
373 die Mitgliedsstaaten nicht aus ihrer humanitären Pflicht, endlich ein europäisch
374 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.

375 Wir stellen uns an die Seite der vielen NGOs und Ehrenamtlichen in Europa, die jeden Tag
376 Menschenleben retten und auch an Land in den Hotspots und anderen Aufnahmeeinrichtungen
377 dafür sorgen, dass Geflüchtete versorgt, beraten und begleitet werden. Die Kriminalisierung
378 von Zivilcourage und humanitärem Engagement muss beendet werden.

379 Grenzkontrollen und Erstunterbringung human organisieren, EU-Asylbehörde ausbauen

380 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren
381 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Das dient auch dem sicheren Zugang zu
382 einer guten Erstversorgung sowie zu einem fairen, nach völkerrechtlichen Standards
383 ausgerichteten Asylverfahren in Europa. Denn zentraler Bestandteil einer

384 menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und Migrationspolitik ist, dass
385 Asylsuchende an den Außengrenzen in Europa zuverlässig registriert und erstversorgt sowie
386 ihre Daten abgeglichen werden. Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen
387 kontrollieren und gemeinschaftlich vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die
388 Vermengung dieser wichtigen grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und
389 Flüchtlingsaufnahme ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische
390 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten. Grenzschutz
391 darf nicht bedeuten, dass niemand mehr rein kommt.

392 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der
393 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine einseitige

394 Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so
395 erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle
396 Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die
397 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen
398 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

399 Essentiell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
400 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden
401 Erstversorgung und Registrierung die Menschen in die anderen EU-Staaten verteilt werden
402 können. Dabei muss stets die Einhaltung menschenrechtlicher Standards kontrolliert werden.
403 Geflüchtete Frauen, Kinder, LSBTIQ* und Menschen mit Behinderung müssen umfassend vor
Gewalt
404 geschützt und ihre spezifischen Belange berücksichtigt werden. Die Aufnahme an den
405 Außengrenzen darf für Geflüchtete nicht zur Sackgasse in Massenlagern werden. Zustände wie
406 z.B. in dem Hotspot auf Lesbos sind mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen
407 dringend beendet werden, indem Menschen aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen
werden.

408 Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen und europäische Außenlager in Drittstaaten
409 lehnen wir ebenso ab, wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten
410 zurückgeschickt werden. Sie treten die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen,
411 schaffen zusätzliches Leid und stärken autokratische Regime. Die finanzielle Unterstützung
412 von repressiven Regimen entlang der Fluchtrouten lehnen wir entschieden ab. Die EU muss den
413 UNHCR besser und kontinuierlich dabei unterstützen, eine menschenwürdige Situation in ihren
414 Lagern herzustellen.

415 Die Einstufung von Staaten zu sicheren Dritt- oder Herkunftsländern ist aus unserer Sicht
416 das falsche Instrument. Es beschleunigt zudem keine Verfahren. Wir halten das Prinzip für
417 falsch. Um Verfahren zu beschleunigen, braucht es Personal und Priorisierungen.
418 Rückführungen scheitern an fehlenden Rückführungsabkommen.

419 Dem Umbau des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum
Abbau von
420 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

421 Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus
422 voranbringen

423 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das
424 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und
425 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine
Reform

426 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
427 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und
428 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg
429 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-
430 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,
431 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und abgestimmten
432 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten,
fordern

433 wir Direkthilfen der EU.

434 Viele europäische Kommunen haben als Reaktion auf die Schließung von Häfen für aus Seenot
435 Gerettete Solidarität gezeigt und die Aufnahme der Menschen angeboten. Wir wollen, dass die
436 EU diese Solidarität unterstützt und Projekte im Rahmen der „Solidarity Cities“ finanziell
437 verstärkt fördert.

438 Auch wenn längst nicht mehr so viele Menschen zu uns kommen wie zuvor sind viele regionale
439 und kommunale Behörden mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen konfrontiert:
440 Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies spiegelt sich
441 bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des Asyl-,
442 Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte daher
443 Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit einem
444 kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Wir wollen die Kommunen finanziell und rechtlich
445 in die Lage versetzen und sie ermuntern, sich an Resettlement- und europäischen
446 Umverteilungsprogrammen zu beteiligen und Flüchtlinge auch in eigener Verantwortung
447 aufzunehmen. Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht
448 unter dem Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen. Die Regelungen der
449 Aufnahmeleitlinie zur medizinischen Versorgung schutzbedürftiger Gruppen muss konsequent
450 umgesetzt werden. Das umfasst die Gewährleistung und den Zugang zur erforderlichen
451 medizinischen Versorgung vor Ort.

452 Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen

453 Jeder Mensch auf der Flucht hat den Anspruch auf ein faires Asylverfahren, auch wenn dieses
454 nicht für alle zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Nicht alle, die kommen, können bleiben.
455 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen keine anderen Gründe gegen
eine

456 Rückkehr sprechen, müssen zurückgeführt werden, aber Abschiebungen sind immer mit
457 menschlichen Härten verbunden und in der Regel nicht freiwillig. Dieses im Verfahren zu
458 berücksichtigen und menschliche Härten bei Rückführungen so weit wie möglich zu vermeiden,
459 ist oberste Aufgabe einer verantwortlichen Asylpolitik. Freiwillige Rückkehr hat dabei immer
460 Vorrang. Daneben setzen wir europaweit auf ergebnisoffene und unabhängige
Rückkehrberatung.

461 Auch eine angemessene Unterstützung für die Zeit nach der Rückkehr ist dabei wesentlich. Es
462 muss außerdem sichergestellt sein, dass für diejenigen, die abgeschoben werden sollen, kein
463 Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder eine erhebliche Gefahr für Leib,

464 Leben und Freiheit drohen. Der Abschluss von Rückführungsabkommen muss künftig
465 menschenrechtsbasierten Grundsätzen folgen und darf nicht mehr nur den innenpolitischen
466 Interessen der EU Mitgliedsstaaten dienen. Der einseitige Fokus auf Grenzpolitik und das
467 Knüpfen von Entwicklungshilfe an Bedingungen sind der falsche Weg und führen nicht dazu,
468 dass die Ursachen von Flucht behoben werden.

469 Abkommen mit Staaten, die eine fragwürdige Menschenrechtsbilanz aufweisen, sollten vor
470 allem
471 dem Interesse dienen, Rechtsstaatlichkeit aufzubauen und Zivilgesellschaft vor Ort zu
472 stärken. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen wollen wir denjenigen Ländern im
473 Gegenzug
474 Unterstützung anbieten, die ihre Staatsbürger*innen schnell und unbürokratisch wieder
475 aufnehmen und ihnen Perspektiven sowie ein Leben in Sicherheit garantieren. Dieser Weg ist
476 erfolgreicher, als darauf zu bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen
477 Staatsbürger*innen auch sogenannte Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf
478 ihrem Weg das Land lediglich durchquert haben.

479 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen, die bereits in
480 Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines sogenannten
481 Spurwechsels
482 ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

483 Fluchtursachen anpacken – Globale Gerechtigkeit verwirklichen

484 Wir stehen für eine Politik, die globale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Diese Überzeugung
485 leitet uns bei unseren politischen Entscheidungen. Deshalb ist die beste Flüchtlingspolitik
486 für uns diejenige, die vorausschauend dazu beiträgt, dass weniger Menschen auf der Welt
487 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Wir in Europa wollen dazu mehr beitragen, auch
488 wenn viele Ursachen der Flucht nicht in unseren Händen liegen. Denn oft stehen zum Beispiel
489 korrupte und rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im
490 Weg. Und viele Menschen fliehen, weil ihnen grundlegende Freiheitsrechte fehlen. Doch es
491 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben
492 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

493 Deshalb darf europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik
494 nicht nur an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden und auch nicht länger
495 Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren.
496 Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist und
497 Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft in
498 den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den
499 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die globale Energiewende sowie
500 die ärmsten Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Wir
501 treten
502 für eine ökologische Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem
503 gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie
504 Rüstungs- und Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr europäischer
505 Überwachungstechnologie an Diktaturen. Das internationale Versprechen, 0,7 Prozent der
506 Wirtschaftsleistung in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten für Entwicklungszusammenarbeit zu

503 verwenden, wollen wir zuverlässig einhalten. Dauerhafter Frieden, Freiheit vor Verfolgung
504 und nachhaltige Entwicklung in den Ländern des globalen Südens beginnen so auch bei uns.

505 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 506 • ein europäisches Einwanderungsrecht, das legale Migration ermöglicht,
- 507 • die Stärkung der Rechte und Interessen der (Arbeits-)Migrant*innen und ihren Schutz vor
- 508 Ausbeutung,
- 509 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 510 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
- 511 Verteilungsmechanismus,
- 512 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

513 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

514 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche
515 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange

516 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu
517 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

518 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
519 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.
520 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
521 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische
522 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexualaufklärung
523 und
524 Gleichberechtigung zu starten.

524 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

525 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.
526 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
527 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der
528 Pflege oder der Kinderbetreuung. Im MINT-Bereich dagegen sind sie stark unterrepräsentiert.
529 In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in allen anderen europäischen
530 Staaten. Dadurch besteht die Gefahr, dass Frauen langfristig die mühsam errungenen
531 Verbesserungen in der Gleichstellung verlieren.

532 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
533 Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle
534 schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
535 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht

536 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir fordern die Hälfte
537 der Macht für Frauen, das gilt auch für die großen europäischen Firmen. Deshalb treten wir
538 für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil in Macht-
539 und Führungspositionen so lange erhöht, bis die Parität erreicht ist. Wir wollen
540 gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen verpflichtend
541 paritätisch besetzt werden. Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa Familien
542 unterstützen. Für uns Grüne ist es ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um

543 Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie
544 Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.

545 Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung

546 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper
und
547 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
548 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv
549 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
550 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
551 sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig
552 sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken.

553 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur
554 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine
große
555 Errungenschaft, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden kann.
556 Nachdem auch die EU die Konvention ratifiziert hat, setzen wir uns nun dafür ein, dass diese
557 wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

558 Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit
559 Frauen und Mädchen - u.a. auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert
560 haben - besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen
561 Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs-
562 und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind.
563 Der Einsatz gegen Gewalt an Frauen umfasst für uns auch den Kampf gegen weibliche
564 Genitalverstümmelung, sowohl inner- als auch außerhalb Europas.

565 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft
muss
566 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch
567 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte
568 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in
569 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein
570 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich
571 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

572 Gleichberechtigungs-Check in Politik und Haushalt

573 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von
574 politischem Handeln erreicht werden. Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent
575 umsetzen. Das bedeutet, alle politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf die
576 Gleichstellung der Geschlechter überprüft. Außerdem müssen Frauen gleichermaßen von
577 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
578 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um
579 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen
580 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen
581 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
582 dafür besser finanziert werden.

583 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 584 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 585 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 586 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

587 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queer*Menschen (LSBTIQ*)**

588 **stärken**

589 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat in vielen Ländern die Lebenssituation von
590 LSBTIQ* erheblich verbessert. Die EU hat starke Impulse gesetzt für Gleichberechtigung und
591 gegen Diskriminierung. Auch in Deutschland wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien
592 der EU nicht gelungen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-
593 Grundrechtecharta enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“.

594 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
595 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Das von der EU formulierte Ziel, einen Raum
596 der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, muss für alle Menschen und Gruppen
597 Wirklichkeit werden.

598 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und ungefähr der
599 Hälfte der anderen EU-Länder nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Weitere
600 Mitgliedstaaten bieten die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Nur in sechs
601 Mitgliedsstaaten ist noch keinerlei rechtliche Absicherung vorgesehen. Obwohl vielerorts
602 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
603 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
604 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
605 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu
606 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen
607 Union.

607 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre
608 Gleichberechtigung entgegen. Wir engagieren uns im Zuge der gemeinsamen Außenpolitik der
609 EU
610 sowie in der Entwicklungszusammenarbeit für ihre Rechte und wollen ihnen bei Verfolgung in
610 der EU Schutz und Asyl bieten.

611 Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als Garantin der
612 Grundrechte und Grundfreiheit auftritt. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten in
613 Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit einschließen. Auch
614 gegenüber ihren Dialogpartner*innen in aller Welt muss die EU immer betonen: Die Verfolgung
615 von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität ist eine
616 schwere Verletzung der universellen Menschenrechte.

617 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
618 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
619 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und
620 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe

621 auf Wissenschaftler*innen, die sich mit Diskriminierung aufgrund von sexueller und
622 geschlechtlicher Identität befassen.

623 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das
624 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

625 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
626 gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung
627 ihrer Rechte als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa. Der
628 Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland
629 anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss.
630 Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

631 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern
632 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
633 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu
unterziehen.

634 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen
635 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann
636 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

637 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 638 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 639 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen
640 und Regenbogenfamilien,
- 641 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der
Geschlechtszugehörigkeit,
- 642 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

643 **3.6 Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung - Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

644 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
645 Sprachenvielfalt, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir
646 stärker gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen und
die
647 Gleichheit vor dem Gesetz sicherstellen.

648 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert
649 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber

650 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
651 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss
652 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.

653 Rassismus nimmt zu. Menschen werden auch aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen
654 Zugehörigkeit im öffentlichen Raum, bei der Arbeit, in der Schule oder Kita angefeindet oder
655 gar angegriffen. Zusätzlich führen unterschwelliger Rassismus und Diskriminierungen im
656 Alltag, zum Beispiel bei der Wohnungssuche, zu einer kontinuierlichen Benachteiligung und

657 Belastung für die betroffenen Menschen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen und
658 streiten für ein demokratisches Miteinander. Dafür braucht es gesellschaftlicher
659 Sensibilisierung für das Problem Rassismus, den Abbau bestehender Diskriminierungen und
660 effektiver Strategien, beispielsweise zur Stärkung von Betroffenen ("Empowerment").

661 Durch Antisemitismus im Alltag leben viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern nicht
662 mehr sicher. Antisemitismus findet sich heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen in
663 unterschiedlichen Ausformungen, zum Beispiel an Schulen, wo es immer wieder zu psychischen
664 und körperlichen Schikanen kommt. Das ist unerträglich. Denn: „Nie wieder“ lautet das
665 Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der massenhaften Ermordung
666 der
667 jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat. „Nie wieder“ muss Leitbild für Europas
667 Zukunft sein.

668 Wir stellen uns jeder Art von Antisemitismus entschlossen entgegen. Der Schutz vor
669 antisemitischen Anfeindungen und Gewalt muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein und
670 darf keinesfalls auf die Betroffenen abgeschoben werden. Kosten für die Sicherheit jüdischer
671 Einrichtungen dürfen nicht von EU-Mitgliedstaaten auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt,
672 sondern müssen staatlich finanziert werden.

673 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
674 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum
675 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
676 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.
677 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stehen an der
678 Seite der Muslim*innen, die friedlich, freundschaftlich und tolerant gegenüber anderen
679 Lebensweisen in unserer multikulturellen Gesellschaft mit uns zusammen leben. Dem Hass und
680 stereotypen Feindbildern gegen sie stellen wir uns entschieden entgegen.

681 Eine säkulare und weltanschaulich neutrale Politik, die konsequent an Menschenrechten und
682 Grundfreiheiten ausgerichtet ist, macht Europa zu einem sicheren Ort für Menschen, die
683 verschiedensten Religionen oder Weltanschauungen angehören und zugleich für alle, die keiner
684 Religion angehören wollen. Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Schranken, wo andere
685 in ihren Rechten und Freiheiten verletzt werden. Religiösen Fanatismus, der die offene
686 Gesellschaft und ihre Vielfalt angreift, dulden wir nicht.

687 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen
688 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser
689 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

690 Demokratieinitiativen sind der Grundbaustein, der einen friedlichen Kampf gegen Rassismus,
691 Faschismus, Sexismus, Antisemitismus, Xenophobie, Homophobie, Islamophobie und
692 Sozialdarwinismus möglich macht. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in allen Ländern der EU
693 aktiv sein können und ausreichend finanzielle Mittel für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung
694 gestellt bekommen. Nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement kann der Kampf
695 für ein weltoffenes und demokratisches Europa und gegen den europäischen Rechtsruck
696 gewonnen
696 werden.

697 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
698 diffamiert und diskriminiert. Antiziganistische Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür,

699 dass Menschen mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen,
700 dass im Rahmen des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den
701 Weg gebracht wurden und die EU-Kommission im Fall von Ungarn ein
702 Vertragsverletzungsverfahren wegen anhaltender Diskriminierung von Roma im Bildungswesen
703 angestrengt hat. Auch gegen die wachsende Unterdrückung in einigen weiteren
Mitgliedsstaaten
704 muss die EU-Kommission wirksam vorgehen. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen

705 weiter aufgestockt, die europäische Roma-Strategie vollumfänglich auch in Deutschland
706 umgesetzt und die verbindliche Anwendung der Antirassismusrichtlinie noch konsequenter
707 vorangetrieben werden.

708 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
709 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
710 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung
711 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Es braucht insgesamt intensivere Anstrengungen, um
712 Betroffene zu empowern und zu fördern. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine
713 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
714 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.
715 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.
716 Präventionsprogramme leisten wichtige Arbeit, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
717 effektiv vorzubeugen. Daher wollen wir sie stärken und langfristig absichern.

718 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und
719 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir Grüne streiten
720 dafür, dass strafbare Meinungsäußerungen schnellstmöglich nach klaren, rechtsstaatlichen
721 Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. Hierfür wollen
722 wir das bereits heute im EU-Recht verankerte ‚notice-and-take-down-Verfahren‘ weiter
723 konkretisieren.

724 Rassistische und nationalistische Akteur*innen vernetzen sich derzeit massiv.
725 Menschenfeindliche Denkmuster verbreiten sich rasant. Beides geschieht europaweit. Um diese
726 Netzwerke und Vorgänge analysieren und effektive Strategien zur Bekämpfung konzipieren zu
727 können, unterstützen wir die europaweite Forschung von Demokratie- und
728 Zivilgesellschaftsinstituten und bauen ihre Förderung aus.

729 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 730 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die
731 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 732 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
sowie
733 einen erleichterten Zugang zu diesen Mitteln für Förderung und Empowerment
- 734 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 735 • eine wirksame europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von Hasskommentaren
im
736 Internet auch gegenüber internationalen Konzernen.

737 **3.7 In und mit Europa Inklusion und barrierefreie Teilhabe verwirklichen und Menschenrechte**

738 **durchsetzen!**

739 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt leben

740 können.

741 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auch für

742 die EU-Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in
743 allen Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in
744 ihrer Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen
745 Leben haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen
746 selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird.

747 Dafür müssen Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und
748 eigenständige Lebensführung muss sichergestellt werden. Es darf kein Mensch gezwungen
werden

749 in einer stationären Einrichtung leben zu müssen. (Art.19 UN-BRK). Wir brauchen endlich
750 einen „European Accessibility Act“, der auch private Anbieter von Waren und Dienstleistungen
751 zum Abbau von Barrieren verpflichtet.

752 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren
753 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien
754 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
755 Veranstaltungen für Alle zugänglich und nutzbar sind. Dies gilt explizit auch für Webseiten,
756 Apps und sonstige digitale Angebote, soweit dies möglich ist. Hierzu ist es unumgänglich,
757 auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

758 Der Fortschrittsbericht der europäischen Kommission kommt ungeachtet aller politischen
759 Reformen zu dem Schluss, dass nicht alle von der EU und deren Mitgliedsstaaten ergriffenen
760 Maßnahmen den menschenrechtsbezogenen Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention
verfolgen.

761 Wir GRÜNEN werden uns daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von
762 Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Vorgaben der UN-
Behindertenrechtskonvention

763 in allen EU-Mitgliedsstaaten voll umgesetzt werden. Hierzu gehört auch, dass der
764 Wahlrechtsausschluss von Menschen unter ständiger gesetzlicher Betreuung aufgehoben wird.

765 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie
766 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. Wir halten es für
767 dringend geboten, das flickwerkartige System der Gleichbehandlungsrichtlinien und -
768 verordnungen zu vervollständigen und ein umfassendes Diskriminierungsverbot nicht nur
769 aufgrund von Behinderung, sondern auch Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder
der

770 sexuellen Ausrichtung außerhalb des Arbeitsmarktes. International anerkannte Menschenrechte
771 würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-Konvention über die Rechte von
772 Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt, wie zum
Beispiel

773 das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und das Recht auf selbstbestimmtes
774 Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch die deutsche Bundesregierung
775 blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für den effektiven Schutz gegen
776 Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

777 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen
778 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch
779 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in
780 Deutschland 81.000 Menschen.

781 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 782 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 783 • Inklusion, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit,
- 784 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

785 **3.8. Europas Verbraucher*innen stärken**

786 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen effektiv geschützt
787 werden, auch grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren,
788 Kapital, Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in
789 Europa vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen,
790 was sie konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend
791 machen können.

792 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die
793 Datenschutzgrundverordnung, die Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Verbot von
794 Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das „Bankkonto für alle“ und ein
795 Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind nur einige wenige Beispiele.

796 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an
797 VW-

797 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist aber noch
798 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko
799 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
800 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit kollektiven
801 Rechtsschutzes, bei dem Geschädigte wahlweise als Gruppe gemeinsam oder mit Hilfe von
802 Verbänden klagen können, muss daher europaweit eingeführt werden

803 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
804 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig
805 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.
806 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen
807 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen
808 brauchen Fahrgäste ein anbieterunabhängiges System, mit dem sich ein Ticket für alle
809 Verkehrsträger für die gesamte EU – aus dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste
810 oder aus Süditalien nach Lappland, egal ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket, das
811 wir allen Auszubildenden und Studierenden ein Jahr lang zur Verfügung stellen wollen, ist
812 erst der Anfang und soll perspektivisch ergänzt werden durch attraktive Angebote, die sich

813 jede*r leisten kann. Neue Serviceangebote wollen wir durch die Bereitstellung offener Daten
814 (Open Data) befördern.

815 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.
816 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es
817 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für Transfettsäuren
818 wollen wir einen gesetzlichen Grenzwert einführen. Für sämtliche, auch verarbeitete
819 Tierprodukte wollen wir eine EU-weite, verbindliche und umfassende Haltungskennzeichnung
820 einführen, damit Verbraucher*innen schnell erkennen können, wie ein Tier gehalten wurde.
821 Bereits die Einstiegsstufe soll so ausgestaltet sein, dass die Tiere ein Leben frei von Leid
822 führen können. Die Kennzeichnung soll ein echter Anreiz für eine bessere Tierhaltung sein -
823 und gleichzeitig dafür sorgen, dass Bäuer*innen angemessen entlohnt werden. Wenn tierische
824 Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet werden, muss das
825 angegeben werden.

826 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Zu oft werden schlechte
827 Produkte an Verbraucher*innen vertrieben, in der Regel spielen dabei hohe Provisionen eine
828 große Rolle. Das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir schrittweise eine komplette Abkehr
829 von Provisionen hin zu einer qualitativ hochwertigen Beratung auf Honorarbasis für alle.
830 Beratung muss individuell angepasst sein und den Anleger*innen stets den Weg zu guten
831 Finanzprodukten weisen.

832 Digitale Verbraucherrechte stärken

833 Datenschutz schützt nicht nur Daten, sondern vor allem unsere Privatsphäre und unsere
834 Menschenwürde. Datenschutz ist auch Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen
835 Vorlieben und Interessen gehen niemanden etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein
836 zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade in Zeiten der Digitalisierung, der
837 Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu herausgefordert.

838 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche
839 personenbeziehbare Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das
840 sollen die Betroffenen selbstbestimmt entscheiden können- und nicht Internet-Giganten wie
841 Google oder Facebook.

842 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO)
hat

843 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
844 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
845 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben.
Ihre

846 Umsetzung in der Praxis werden wir genau beobachten, wo nötig konkretisieren und weiter
847 verbessern. Auch die zur Realisierung einer europaweit einheitlichen Aufsicht geschaffenen
848 Strukturen wollen wir evaluieren und stärken.

849 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
850 Kommunikation unter anderem, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder
851 Sprachassistenten-Systeme wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus gemäß der Grundsätze
"Privacy

852 by design" und "Privacy by default" den bestmöglichen Privatsphären-Schutz garantieren.

853 Zusätzlich erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz, dass die Grundsätze der

854 Interoperabilität wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen, auch bei online-gestützten Angeboten
855 gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich ist, muss zum Beispiel auch
856 bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet werden, nämlich unkompliziert
857 zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln zu können.

858 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit
859 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Damit unsere Grundrechte wirklich
860 geschützt werden, brauchen wir die bestmöglichen Datenschutzgrundeinstellungen und
861 Aufsichtsbehörden, die über die personellen und finanziellen Mittel verfügen, die
862 rechtlichen Vorgaben tatsächlich durchzusetzen. Wir dringen darauf, dass die derzeit in
863 Verhandlung befindliche e-Privacy-Verordnung weder weiter verzögert noch verwässert wird.

864 Datenschutz und IT-Sicherheit sind für uns konstituierend. Deswegen setzen wir uns für
865 verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer elektronischen Kommunikation

866 ein. Hintertüren und Sicherheitslücken sind ein strukturelles Risiko für unsere IT-
867 Sicherheit. . Deswegen dürfen staatliche Akteure Sicherheitslücken nicht ankaufen
868 beziehungsweise mit ihnen hehlen. Stattdessen bedarf es der Pflicht, solche Lücken umgehend
869 zu melden, und sie schnellstmöglich zu schließen.

870 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So
871 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
872 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht
873 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
874 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

875 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
876 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und
877 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei
878 vernetzten Geräten.

879 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
880 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die
881 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
882 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von
883 Software müssen haften, wenn sie regelmäßige Sicherheitsupdates nicht bereitstellen und
884 bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

885 Bei dem Einsatz von Algorithmen muss gewährleistet werden, dass die Entscheidungen für die
886 Verbraucher*innen überprüfbar, transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Je sensibler
887 und teilhaberelevanter die Anwendungsfelder, desto mehr Kontrolle durch staatliche Behörden
888 ist notwendig. In Bereichen, die den Kern der persönlichen Grundrechte, unseres
889 Rechtsstaates oder seiner Solidarsysteme berühren, lehnen wir den bislang unregulierten
890 Einsatz ab. Hier bedarf es europaweit geltender, verbindlicher Vorgaben.

891 Die illegitime Einflussnahme auf demokratische Willensbildungsprozesse ist heute ein sehr
892 ernstzunehmendes Problem. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet und
893 sogenanntes Microtargeting streng reguliert werden. Das umfasst unter anderem klare
894 Vorgaben

894 bezüglich eingesetzter Höchstbeträge und die Offenlegung und transparente Kennzeichnung
von

895 Werbung und parteipolitischer Information. Für den Empfänger muss jederzeit ersichtlich
896 sein, auf welcher Grundlage er welche Werbung erhält. Demokratische Diskurse, politische
897 Willensbildungsprozesse und Wahlen müssen effektiv geschützt werden. Missbräuchlich
898 eingesetzte "social bots" können gezielt Desinformationen massenhaft verbreiten und Relevanz
899 vortäuschen. Bei der notwendigen Bekämpfung wollen wir auch die Betreiber digitaler
900 Plattformen in die Pflicht nehmen: Der Einsatz von bots muss klar erkennbar sein. Auch hier
901 bedarf es einer europaweit geltenden, verbindlichen Regelung.

902 Produkte nachhaltiger und sicherer machen

903 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
904 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu
905 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen
906 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika
907 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.
908 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so
909 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

910 Spätestens seit dem Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza 2013 hat bei vielen Menschen ein
911 Umdenken stattgefunden: Die Nachfrage nach fairer Kleidung steigt kontinuierlich. Wir
912 wollen, dass faire Mode Standard wird. Daher setzen wir uns für eine europäische
913 Transparenzrichtlinie ein, die die gesamte Herstellungs- und Lieferkette der Textilindustrie
914 umfasst und die Einhaltung konkreter Sorgfaltspflichten auf allen Stufen garantiert.

915 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
916 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
917 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Deswegen wollen wir ein europäisches
918 „Recht auf Reparatur“ schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig
919 Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern eine
920 verbindliche europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von
921 Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
922 sicherstellt.

923 Für Soft- und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange (Sicherheits-)Updates durch
924 die Hersteller zur Verfügung gestellt werden. Zudem brauchen wir klare Anforderungen an die
925 Lebensdauer und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen und -modellen. Die europäischen
926 Regelungen für die Gewährleistung wollen wir an die Lebensdauer von Produkten anpassen und
927 auch auf kommerzielle Software ausweiten. Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-
928 Source-Software-Produkte besonders fördern, da diese auch nach Ende der
929 Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.

930 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
931 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
932 verbindlichen europäischen Standard geben.

933 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 934 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
935 Anfang an,
- 936 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
937 Kommunikation,
- 938 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 939 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

940 **3.9 Kriminalität und Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

941 Schlagbäume schaffen kein Mehr an Sicherheit. Zur Verteidigung unserer Freiheit und gegen
942 Kriminalität und Terror brauchen wir eine stärkere europäische Kooperation der
943 Sicherheitsbehörden. Zahlreiche Straftaten wie Wohnungseinbruchdiebstahl, Taschendiebstähle
944 oder Betrugsdelikte erfolgen grenzübergreifend. Dementsprechend muss die Polizei auch
945 grenzübergreifend agieren. Auch islamistisch und rechtsextrem motivierter Terrorismus agiert
946 grenzüberschreitend. Dem stellen wir uns zur Verteidigung unserer Freiheit und zum Schutz
947 der Bürger*innen entschlossen entgegen. Hierfür setzen wir auf wirksame Prävention und
948 effektive Strafverfolgung. Das gilt insbesondere für den EU-weiten Datenaustausch und die
949 Pflege von Datenbanken. Bei allen Maßnahmen haben für uns rechtsstaatliche Standards wie
950 Rechtsklarheit, der Bestimmtheitsgrundsatz und das Verhältnismäßigkeitsprinzip höchste
951 Priorität. Das heißt, anders als die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere
952 Sicherheitskräfte anlasslos jede Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive
953 Abgleiche verhindert. Wir wollen eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose
954 Politik immer weiter reichender Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und
955 sorgt nicht für mehr Sicherheit.

956 Europäisches Kriminalamt schaffen

957 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass die Polizeibehörden der
958 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an
den
959 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
960 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die derzeit weitgehend befugnisfreie europäische
961 Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts
962 mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige
963 Ermittlungsmöglichkeiten und -befugnisse, um in relevanten Fällen grenzüberschreitender
964 Kriminalität selbst einschreiten zu können. Sie muss ebenso effektiv wie rechtsstaatlich
965 gegen Terrorismusverdächtige, Mafiaorganisationen, Menschenhandel, aber auch
966 länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und die gewaltbereite rechte Szene vorgehen.
967 Dafür braucht sie ausreichend Ressourcen und Personal. Kurzfristig wollen wir im Rahmen des
968 bestehenden Rechts Europol durch multinationale Ermittlungsgruppen (Joint Investigation
969 Teams) stärken.

970 Europaweite Vernetzung der Polizei

971 Während andere Parteien reflexartig neue Eingriffsbefugnisse, Überwachungsgesetze und
972 Grundrechtseingriffe fordern, wollen wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-
973 Staaten verbessern. Dazu wollen wir ein europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen

974 ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von Polizist*innen in länderübergreifenden
975 Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer
976 gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift schneller zum Telefon, um seine
Kolleginnen

977 und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu informieren oder um Rat zu fragen. Dabei ist uns
978 wichtig, dass diese Vernetzung höchsten datenschutz-, bürgerrechtlichen und
979 rechtsstaatlichen Standards entspricht. Daher lehnen wir auch eine Weitergabe von sensiblen,
980 personenbezogenen Daten an solche Staaten ab, die diese nicht einhalten. Unter dieser
981 Bedingung kann auch das bestehende Europol-Informationssystem (EIS) weiter ausgebaut
982 werden, so dass ein Abgleich der nationalen Polizeidatenbanken mit den Europol-Systemen
983 möglich wird und Ermittler so vor Ort schneller feststellen können, ob Straftäter
984 grenzüberschreitend agieren und die polizeiliche Rechtshilfe weiter optimiert wird.

985 Geheimdienste einhegen und scharf kontrollieren

986

987 Die Veröffentlichungen von Edward Snowden haben ein System der globalen anlasslosen
988 Massenüberwachung offenbart, die europäischen Grundrechten diametral entgegenlaufen.
989 Deswegen setzen wir Grüne uns für eine scharfe parlamentarische Kontrolle, klare
990 Rechtsgrundlagen, die Einhaltung des Trennungsgrundsatzes und eine europaweite Begrenzung
991 nachrichtendienstlicher Befugnisse ein.

992 Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen

993 Der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft stehen wir positiv gegenüber. Sie kann
994 perspektivisch als zentrale Ermittlungs- und Anklagebehörde eine entscheidende Rolle auch
995 bei der Strafverfolgung von grenzüberschreitendem Terrorismus und organisierter Kriminalität
996 einnehmen und sollte nicht auf die Verfolgung von Betrug zu Lasten der EU beschränkt
997 bleiben. Noch nehmen aber nicht alle Mitgliedsstaaten an der Europäischen Staatsanwaltschaft
998 teil. Dies ist nicht ausreichend. Wir werben dafür, dass alle Mitgliedsstaaten mitwirken und
999 wollen, dass ein künftiges Europäisches Kriminalamt im Auftrag der Europäischen
1000 Staatsanwaltschaft die Ermittlungen durchführt. Rechtsstaatlichkeit und Opferschutz sowie
1001 Grundrechte, Beschuldigten- und Verteidigerrechte müssen ohne Absenkung des Schutzniveaus
1002 gewährleistet sein, auch bei grenzüberschreitender Herausgabe- und Speicheranordnung für
1003 elektronische Beweismittel in Strafsachen (E-Evidence).

1004 Organisierte Kriminalität bekämpfen - Terrorismusnetzwerke aufdecken

1005 Um die Finanzierungsquellen von Netzwerken im Bereich der organisierten Kriminalität und des
1006 Terrorismus auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf
gegen

1007 Geldwäsche schaffen. Wir wollen, dass Banken nur bei konkreten Verdachtsfällen und unter
1008 höchsten rechtsstaatlichen Standards verdächtige Kontobewegungen direkt auch an die
1009 europäische Stelle melden.

1010 Rechtswidrige, gewaltverherrlichende Propaganda und terroristische Online-Inhalte müssen
1011 nicht nur nach transparenten rechtsstaatlichen Kriterien schnellstmöglich gelöscht, sondern
1012 auch von den nationalen Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt werden. Hierfür bedarf
1013 es einer zuverlässigen Kooperation der Plattformen mit den Strafverfolgungsbehörden.

1014 Prävention stärken und Waffenrecht verschärfen

1015 Wir wollen Radikalisierung und Kriminalität von Anfang an verhindern und
1016 Präventionsprogramme europaweit ausbauen. Insbesondere Programme zur Deradikalisierung
und
1017 für Aussteiger*innen aus der islamistischen und gewaltbereiten rechten Szene wollen wir
1018 etablieren und stärken. Um schwere Straftaten wie etwa Amoktaten zu verhindern, muss der
1019 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
1020 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen Waffen müssen

1021 lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen regelmäßig
1022 geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame
1023 Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

1024 Angesichts der Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten und der Ausbreitung rechten
1025 Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt werden. Während
1026 demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte bündeln,
1027 verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

1028 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen
1029 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-
1030 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
1031 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

1032 **Datenschutz sicherstellen**

1033 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,
1034 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
1035 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert
1036 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende handelt.
1037 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im

1038 **Aufbau.**

1039 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit
1040 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt
1041 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend
1042 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
1043 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom
1044 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur
1045 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen
1046 weiterhin mit aller Vehemenz gegen alle Formen von anlasslosen Vorratsdatenspeicherungen.

1047 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und
1048 Verfolgung von terroristischen und anderen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-Staaten
1049 Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
1050 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
1051 Ermittlungsteams. Viel zu oft enden deshalb Ermittlungen an nationalstaatlichen Grenzen.

1052 Gleichzeitig werden bestehende Datenbanken, in denen Personen erfasst sind, wie zum Beispiel
1053 im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht richtig genutzt, weil es an
1054 Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten mangelt. Hier gibt es dringenden
1055 Änderungsbedarf. Bei der notwendigen Effektivierung des Informationsaustauschs und der

1056 Zusammenlegung von Datenbanken müssen höchste datenschutzrechtliche Standards beachtet
1057 werden.

1058 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1059 • eine effektive wie rechtsstaatliche europäische Sicherheitsarchitektur, die Freiheit
1060 schützt und Sicherheit garantiert,
- 1061 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams und zusätzliche
1062 Kompetenzen
für die Europäische Staatsanwaltschaft,
- 1063 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
- 1064 • eine konsequente Präventionsarbeit und eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu
1065 gefährlichen Waffen,
- 1066 • die Wahrung und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten der Bürger*innen Europas .